



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Aktuell

Nr. 10 | APRIL 2025



**«Der Wirtschaftsaufschwung
dank bilateraler Verträge mit
der EU ist ein Mythos»**



**Impressionen von der
Mitgliederversammlung**
Seite 3



«Armee IM Abgrund»
Seiten 6



**«Der Wirtschaftsauf-
schwung dank bilateraler
Verträge mit der EU ist ein
Mythos»**
Seite 9



Das Wort des Präsidenten

US-Zölle, Ukrainekrieg ...

Marsch in die EU und in die NATO?

Liebe Mitglieder, Gönner
und Sympathisanten

Aufgrund der Ankündigung von Präsident Trump ist es in der Welt und so auch in der Schweiz zu unkoordinierter operativer Hektik gekommen. Es ist befremdend, dass Zauberlehrlinge die Schweiz in eine so beschämende Misere geritten haben und offenbar über keinerlei nennenswerte Kontakte zur US-Regierung verfügen. Nun mehren sich Stimmen, wonach die Schweiz sich in Verhandlungen enger an die EU anlehnen sollte, um ein vermeintlich günstigeres Ergebnis zu erzielen. So verlangen Vertreter der SP gar, Gegenmassnahmen zu lancieren. Das ist völlig absurd: Wollen wir es uns jetzt nach Russland noch mit der zweiten Grossmacht verderben? Gleichzeitig sei die Situation ein «Booster» für den Unterwerfungsvertrag mit der EU. Das ist grundlegend falsch: Die EU geniesst in den USA keinen guten Ruf, weshalb einflussreiche Amerikaner dringend dazu raten, eigenständig und souverän bei der US-Regierung vorstellig zu werden.

Folgendes ist rasch zu tun:

- Ruhe bewahren, auf keinen Fall mit Gegenmassnahmen drohen
- Exakte Analyse der effektiven Auswirkungen der Zölle auf die Schweiz und der Sichtweise der USA
- Berücksichtigung von Gütern, Dienstleistungen und Investitionen in die USA
- Erarbeitung eines Angebots an die USA, das auf beiden Seiten fair erscheint
- Besuch der USA durch ein hochkarätiges Team mit der Bundespräsidentin, dem Wirtschaftsminister sowie einigen USA erfahrenen Schweizer Unternehmern.

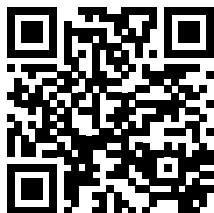
Ins gleiche Horn stossen die sicherheitspolitischen Besserwisser in Bundesbern und in den Medien. Zuerst «grounden» sie die Armee, schwafeln von zehnjährigen Frühwarnzeiten und der Aufwuchsmöglichkeit im Ernstfall so nach dem Motto: «Wir gehen rasch in den Heimwerkermarkt und posten eine Armee». Bevor überhaupt über irgendeine Option «Kooperation» gesprochen werden darf, muss unsere Armee in Ordnung gebracht werden – und zwar subito!

Jetzt gilt es, Eigenständigkeit und Verlässlichkeit zu demonstrieren und es gilt, rasch die eigenen Hausaufgaben wie Bürokratieabbau und der Aufbau einer glaubwürdigen Armee sicher zu stellen.

Was sicher auch helfen würde, wäre, wieder als glaubwürdig neutral gesehen zu werden. Leider hat der Bundesrat diese Trumpfkarte leichtfertig verspielt. Deshalb benötigt es dringend das Ja zur Neutralitätsinitiative. Deshalb bereiten wir den Marsch auf Bern vor: Ja zur Neutralität und Nein zur EU-Unterwerfung.

Ihr Dr. med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz

Jetzt Pro Schweiz
Mitglied werden!



ISSN 2234-9723

Redaktionsschluss dieser
Ausgabe: 11. April 2025

Redaktion Pro Schweiz
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@proschweiz.ch

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.

Herzlichen Dank.



Impressionen von der Mitgliederversammlung

Ja zur Neutralität und Nein zur EU-Unterwerfung.



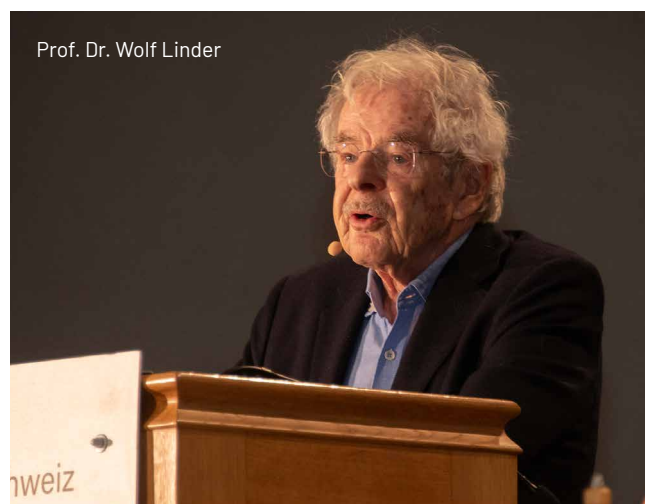
Dr. med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz

800 Mitglieder und Gäste aus der ganzen Schweiz setzten am 5. April 2025 mit Präsident Dr. Stephan Rietiker und den Referenten Prof. Dr. Wolf Linder und Dr. Christoph Blocher ein starkes Zeichen für die Unabhängigkeit und die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität der Schweiz.

Stephan Rietiker wies in seiner Standortbestimmung auf Ursachen der Werte-Erosion in der Schweiz hin; nicht nur in der Schweiz, sondern in jeder (meistens) westlichen Gesellschaft, in welcher hoher Wohlstand Menschen gleichgültig macht und vergessen lässt, dass Wohlstand und Freiheit nicht selbstverständlich sind.

Neutralität sichern – eine parteiübergreifende Aufgabe

«Es reicht nicht, wenn wir selbst an die Neutralität glauben. Neutralität muss vor allem gegen aussen glaubwürdig sein. Diese Glaubwürdigkeit hat der Bundesrat in den vergangenen drei Jahren leider ein Stück weit verspielt.» Darum sei die Neutralitätsinitiative wichtig. Sie verhindere, dass die Substanz der schweizerischen Neutralität vor dem kurzfristigen Denken von Politikern und Bundesräten geschützt werde. Neutralität sei ein Grundsatz der Aussenpolitik und kein Sympathieartikel für einen bestimmten Staat oder eine bestimmte Gesinnung. Die Friedensidee und nicht die persönliche Moral sei das ethische Fundament der Neutralität. Dies bedeute auch Solidarität mit den Kriegsoptionen auf beiden Seiten, aber keine Solidarität mit einer Kriegs-



Prof. Dr. Wolf Linder

LIFE IS GREAT



Der neue Mitsubishi

**OUTLANDER
PHEV**



emilfrey.ch



partei. Die Schweiz müsse wieder unparteiisch werden, fordert Linder: Keine einseitigen Sanktionen und keine Nato-Annäherung. Die Neutralität müsse sich weltweit bewähren und auch von totalitären Staaten und allen Religionen anerkannt werden, um so einen Beitrag für eine friedlichere Welt zu leisten.

Souveränität und Neutralität als Voraussetzung einer freien, erfolgreichen Schweiz

«Die Schweizerische Neutralität, das heisst die dauernde, bewaffnete, integrale Neutralität ist das wichtigste Instrument zur Friedenssicherung für unser Land.» Nur



durch die umfassende, vollständige Neutralität könne die Schweiz verhindern, in Kriege hineingezogen zu werden. Aus diesem Grunde brauche es ein «Ja» zur Neutralitätsinitiative.

Ein «Nein» brauche es zum Unterwerfungsvertrag mit der EU. Diese bleibe eine intellektuelle Fehlkonstruktion. Mit dem geplanten Vertrag würde die Schweiz ihre Souveränität, die Bevölkerung ihr Stimmrecht und alle an Wohlstand verlieren. Die EU benötige Geld und mit diesem Kolonialvertrag erhoffe sie sich Zugriff auf die Schatulle der Eidgenossenschaft. Die Schweizer Classe politique habe den demokratischen Entscheid 1992, dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht beizutreten, nie akzeptiert. Die veröffentlichten Bundesratsprotokolle aus jener Zeit belegen, dass das Schweizer Volk zielstrebig, aber schleichend in die EU geführt werden soll. Auch der EU-Unterwerfungsvertrag ist ein Produkt der EU-Turbos, die mit Tricks und regelrechten Gaunereien – Aushebelung des obligatorischen Referendums – das Schweizer Volk in die Irre führen.



Alle Reden von
der Mitgliederversammlung

Engagement für die Neutralitäts-Initiative



«Die Neutralität der Schweiz ist ein bewährtes Erfolgsmodell und zentraler Bestandteil unseres direktdemokratischen Selbstverständnisses. Sie stellt eine Form der Friedenspolitik dar, die es dem Land erlaubt, Friedensverhandlungen zu ermöglichen, als Vermittler aufzutreten und humanitäre Hilfe zu leisten.» Wobmann rief die Versammlung auf, mit aller Kraft und überall für das Ja zur Neutralitätsinitiative zu kämpfen.

«Immer wenn es um die Verträge mit der EU geht, wird die Schweiz angelogen.»



Widerstand ist Pflicht! Darum ist es wichtig, dass man sich engagiert mit Leserbriefen, Online-Kommentaren, Strassenaktionen, Diskussionen in der Familie, unter Freunden und am Arbeitsplatz. Absolute Dringlichkeit hat die Referendumsfähigkeit von Pro Schweiz. Jede und jeder müsse dazu beitragen, dass innert kürzester Zeit Unterschriftensammlungen erfolgreich zustande kommen. Mit einer beeindruckenden Präsentation zeigte Amstutz auf, um was es eigentlich geht: **Die EU will unser Steuergeld. Die Verschuldung in der EU ist gigantisch.**





Im Gespräch mit Beni Gafner

«Armee IM Abgrund»

Sehr geehrter Herr Gafner, Sie waren Hauptmann in der Armee und begleiten als Journalist und Publizist die Sicherheitspolitik der Schweiz seit vielen Jahren. 2007 haben Sie das Buch «Armee am Abgrund» geschrieben. Was war Ihre Motivation damals?

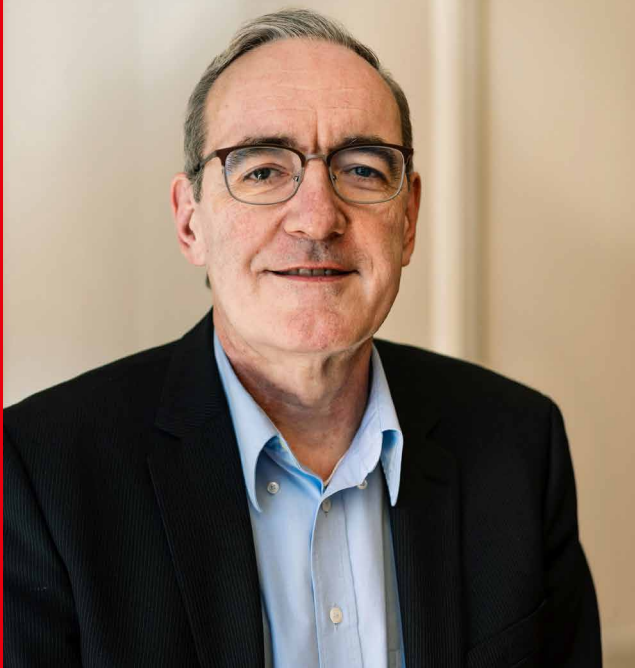
Zahlreiche Mängel, vor allem bei der Ausrüstung, zeigten sich bereits damals in den Wiederholungskursen. Truppen mussten beispielsweise mit abgefahrenen Pneus auf Schnee fahren. Die kaputt organisierten, einst aber wie Schweizer Uhrwerke zuverlässig arbeitenden Zeughausangestellten, konnten ihre Aufträge nicht mehr erfüllen. Ich merkte, dass da etwas in die falsche Richtung lief und mit der Landessicherheit unverantwortlich umgegangen wird. Ich war dabei keineswegs der Einzige, der das bemerkte. Aber offensichtlich der Einzige, der aus bürgerlicher Sicht und Offizier die verfehlte Armee-

und Sicherheitspolitik sowie die daraus folgenden Missstände journalistisch beschrieb.

Die NZZ hatte keine Freude an Ihrem Buch. Sie verurteilte das Buch als Bibel der SVP und der damaligen Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz AUNS. Bundesbern und Medien waren ab 1989 nach dem Fall der Mauer euphorisch. Die Forderung lautete «Sicherheit durch Kooperation». Der damalige Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, stellte fest, dass «kriegerische Auseinandersetzungen in Europa definitiv der Vergangenheit angehören».¹ Wenn man die Situation heute anschaut, haben sich offenbar einige Entscheidungsträger von damals geirrt.

Ja, heute merken das alle, nur werden die richtigen Schlüsse daraus – auf sicherheitspolitischer Ebene, also im Bundeshaus – nach wie vor nicht glaubwürdig gezogen. Die heute Zuständigen der Armeeführung haben gemerkt, dass ein strategischer Umbruch da ist, für viele überraschend. Sie versuchen nun seit Monaten, mit dem Vorhandenen so etwas wie eine minimale Verteidigungsfähigkeit herzustellen. Ihnen fehlten bisher aber die Unterstützung von oben, also von der Politik und die Ideen aus einer breiten, erfahrenen Miliz.

Benjamin Gafner war bis 2024 Bundeshausredaktor. Schwerpunkte seiner innenpolitischen Berichterstattung betrafen sicherheits- und asylpolitische Themen. Daneben betätigte er sich auch als Autor. Er publizierte Geschichten und Anekdoten unter anderem über Toni Brunner.



Sie schrieben in Ihrem Buch, dass Herr Keckeis die Unterstellung der Schweizer Armee unter ein NATO-Kommando aktiv vorangetrieben hat. Es scheint so, dass dieser Kurs in Bern mit aller Kraft bis heute fortgesetzt wird.

Viele, vor allem in den Berufskadern, suchen nach wie vor die Lösung im Internationalen, man sagt sich, allein sind wir sowieso chancenlos. Das nennt sich Defätismus. Man hat solche Leute früher zur Seite gestellt. Offenbar geht vergessen, dass (wenn überhaupt) im Kriegsfall erst dann gemeinsam zusätzliche Verteidigungslösungen gefunden werden können, wenn man selbst in der Lage ist, das eigene Territorium zu verteidigen. Man «höselet» stattdessen lieber der NATO

¹ Philippe Zahno/Anton Schaller, Christoph Keckeis: «Die Zukunft der Schweizer Armee», Zürich, 2007, S.122

Viel schlimmer, als der mediale Mainstream war und ist der sicherheitspolitische Mainstream. Wer sich letzterem widersetzte, blieb leider chancenlos.



und neuerdings dem Hirngespinnst einer europäischen Armee hinterher, anstatt zu Hause überlebenswichtige Aufträge zu erfüllen. Also von unten nach oben, Schritt für Schritt, eine immer stärker werdende Verteidigungsfähigkeit zu erstellen. Originelle und zweckmässige Ansätze dazu fehlen mir bisher gänzlich.

Christoph Blocher widersprach 1998 der Strategie «Sicherheit durch Kooperation» mit seiner viel beachteten Schrift «Strategischer Wandel»: «Die Gefahr ist heute gross, dass auf dem Rücken der Armee eine ganz andere Diskussion geführt wird: die Diskussion über den Beitritt zur EU und NATO.»² Hatte er recht?

Die Antwort kann heute jede und jeder unkompliziert selbst überprüfen. Man lege Blochers Papier und den Bericht Brunner nebeneinander und vergleiche die damaligen Einschätzungen mit der heutigen Realität. Blocher lag richtig, jene die den Bericht Brunner verfassten und politisch durchsetzten, falsch. Das ist eine der nicht sehr häufigen Möglichkeiten, objektiv feststellen zu können, wer damals realitätsbezogen operierte und wer Luftschlösser baute. Man merkt: Viel schlimmer, als der mediale Mainstream war und ist der sicherheitspolitische Mainstream. Wer sich letzterem widersetzte, blieb leider chancenlos. Die Rechnung für die Korrekturen des sicherheitspolitischen Mainstreams der bequem war, bekommen wir heute präsentiert: Zu wenig Personal, ungenügende Ausrüstung, zerschlagene Strukturen wie die Mobilisierungsorganisation und die Kriegslogistik, die sich heute nicht so ohne weiteres wiederherstellen lassen. Kaputtgemacht ist immer schneller als geflickt. Hoffentlich müssen wir das nicht teurer bezahlen, als nur mit Geld.

³ Korpskommandant Keckeis prophezeite 2007, dass die Schweiz 2020 Mitglied der EU sei oder kurz davorstehe. Warum lassen sich Personen, die grosse Verantwortung tragen, zu solchen Prophezeiungen hinreissen?

Es geht nicht darum, auf jenen, die damals falsch lagen, heute persönlich herumzuhacken. Aber wenn jene Bürokraten, die damals falsch lagen, heute wieder den Weg in die falsche Richtung weisen, muss den Fehlern von damals auf den Grund gegangen werden. Keckeis, der leider verstorben ist, war Pilot und Internationalist. Trotzdem fehlte es ihm und seinesgleichen auf politischer Ebene an Weitsicht. Ich bedauere, dass sich mit ihm darüber heute nicht mehr diskutieren lässt. Andere, denen es möglich wäre Stellung zu beziehen, verweigern sich der Diskussion.

Divisionär Dr. Hans Bachofner (1931 – 2012), Kommandant der Zentralschulen und der Generalstabskurse und Stabschef «Operative Schulung», analysierte in einer Schrift der schweizerischen Vereinigung Pro Libertate: «Wer in der Politik davon spricht, keine andere Wahl zu haben, hat versagt. Wer sich in Sachzwänge verstrickt, ist ein Verlierer. Er muss rasch ersetzt werden. Wer die Armee auf einem dem NATO-Angriffsbündnis unterstellten Einsatz vorbereitet, und sei es nur als Option, der bereitet den Beitritt als Möglichkeit vor.»⁴ Heute sagen alle, man wolle neutral bleiben und nicht der NATO beitreten, aber gleichzeitig sei eine intensive NATO-Zusammenarbeit für die Sicherheit unseres Landes die einzige Option.

Was Bachofner sagte, gilt auch heute noch. Nur scheinen die NATO-Turbos noch verdeckter zu operieren als damals und ihre wahren Ziele zu verschleiern.

Wer soll denn heute, wo militärisch alle von allem zu wenig haben, der reichen Schweiz im Kriegsfall zur Hilfe eilen?

Divisionär Bachofner, ein brillanter Denker und Stratege, forderte 2001, dass sich der Wiederaufbau der Armee an den Verwundbarkeiten im eigenen Land zu orientieren hat, dass man auf Bewährtes Rücksicht nehmen müsse und Defätisten zurückdrängen müsse. Dem ist nichts beizufügen.

² Dr. Christoph Blocher: «Strategischer Wandel, Strategischer Studienbericht zur Weiterentwicklung schweizerischer Sicherheitspolitik», Bern 1998, S.44

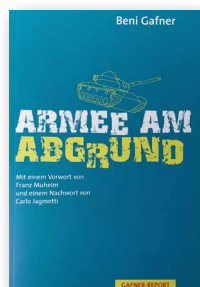
³ Philippe Zahno/Anton Schaller, Christoph Keckeis: «Die Zukunft der Schweizer Armee», Zürich, 2007, S.122

⁴ Pro Libertate, Gespräch mit Divisionär Dr. Hans Bachofner: «Die Schweiz im strategischen Umbruch – eine Warnung vor trügerischen Rezepten», Bern 2001, S.5

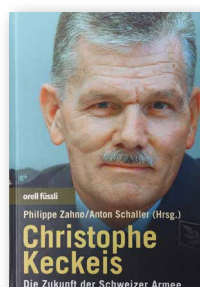
Herr Gafner, würden Sie heute das Buch wieder schreiben und den gleichen Titel wählen? Und was müssen wir Bürgerinnen und Bürger tun?

Heute müsste der Titel wohl lauten «Armee IM Abgrund». Wir brauchen nun die besten Köpfe aus allen Bereichen im Land, die über die Armee hinaus für eine glaubwür-

dige Aussen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sorgen, basierend auf der immerwährenden, bewaffneten Neutralität. Bern alleine schafft das kaum, auch wenn man dem neuen Bundesrat das Beste wünscht. Zu beachten gilt auch, dass wirksame Diplomatie und internationaler Einfluss eng verknüpft sind mit militärischer Kampfkraft.



Beni Gafner, «Armee am Abgrund», 2007



Philippe Zahno/Anton Schaller, Christoph Keckeis: «Die Zukunft der Schweizer Armee», Zürich, 2007



Pro Libertate, Gespräch mit Divisionär Dr. Hans Bachofner, die Schweiz im strategischen Umbruch – eine Warnung vor trügerischen Rezepten, Bern 2001



Dr. Christoph Blocher «Strategischer Wandel, Strategischer Studienbericht zur Weiterentwicklung schweizerischer Sicherheitspolitik», Bern 1998



Sicherheit durch Kooperation Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz

Anzeige

Neutrale-Schweiz.ch

Heimatliebe zum Anziehen!

Stil trifft Haltung!

Entdecke unsere neuen Premium Poloshirts zum Einführungspreis von nur 39 Franken.

Neutrale-Schweiz

NEU

Viele tolle Designs
In der Schweiz gedruckt

Besuche uns an der PRO Schweiz Mitgliederversammlung.

Samstag, 5. April 2025, Mehrzweckhalle, Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern

Der Wirtschaftsaufschwung dank bilateraler Verträge mit der EU ist ein Mythos

François Schaller,

Wirtschaftsjournalist und Vorstandsmitglied des Unternehmerverbands Autonomiesuisse



Die wirtschaftlichen Auswirkungen der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union werden weit überschätzt: Diese These vertritt François Schaller, Wirtschaftsjournalist und Vorstandsmitglied des Unternehmerverbands Autonomiesuisse. Er prangert an, dass es in der Schweiz einen offiziellen Mythos gibt, der besagt, dass Wachstum durch den «sakrosankten» bilateralen Weg erzeugt wird.

Fünf Jahre nach dem Brexit lässt sich feststellen: Die wirtschaftlichen Ambitionen der Brexit-Befürworter:innen haben sich nicht erfüllt. Aber umgekehrt ist auch die von den Brexit-Gegner:innen angekündigte Katastrophe nicht eingetreten.

Inmitten apokalyptischer Analysen über den Zustand des Vereinigten Königreichs ist dies die ungewöhnliche Schlussfolgerung, zu der René Schwok, Honorarprofessor für europäische Studien an der Universität Genf, in einem kürzlich von Le Temps veröffentlichten Artikel gelangt ist. Zudem sprechen die Wachstumsraten Grossbritanniens seit Inkrafttreten des Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU (2020) eine klare

Sprache: Sie liegen weit über denen Deutschlands und entsprechen ungefähr dem Niveau der Eurozone.

Gemäss OECD-Prognosen wird sich diese Performance in diesem Jahr noch weiter steigern. Die britische Wirtschaft ist zwar nicht mehr Teil des europäischen Binnenmarktes, aber es geht ihr insgesamt gut. Selbst die regierende Labour-Partei verlangt keine Rückkehr in die EU mehr.

«Europäisches Narrativ»

Diese Diskrepanz zwischen düsteren Schilderungen der britischen Wirtschaftslage und makroökonomischer Realität wirft die Frage auf, was in der Schweiz seit über 30 Jahren geschieht. Zumal es ein «europäisches Narrativ» gibt, das mehr oder weniger die offizielle Version des Schweizer Verhältnisses zur EU geworden ist.

Und das geht so: Es beginnt mit den 1990er-Jahren, die als Stagnationsphase der Wirtschaft bezeichnet werden. In den 2000er-Jahren folgte dann ein spektakulärer Aufschwung – dank der sektoriellen Abkommen I und II mit der EU und somit dank des «heiligen bilateralen Wegs». Dieser Weg war ursprünglich dazu gedacht, die Schweizer Wirtschaft schrittweise vollständig in den



Der bilaterale Weg hat nicht viel zum Wohlstand der letzten 25 Jahre beigetragen.

Regulierungsapparat der EU zu integrieren. Die Schweiz gab dieses Ziel später auf, aber die EU hat es nicht vergessen. Doch es reicht, die Wachstumsraten ab 1990 aneinanderei zu reihen, um zu erkennen, dass sich die fortwährende Rede von der «Erlösung durch die Bilateralen» als Mythos entpuppt.

Die Erholung der Schweizer Wirtschaft – die in der Tat spektakulär war – begann 1997. Fünf Jahre vor den bilateralen Abkommen I und der schrittweisen Umsetzung der Personenfreizügigkeit. Zehn Jahre vor ihrer vollständigen Umsetzung.

Minimale Vorteile

Diese Blickweise auf die Vergangenheit bestätigte vor kurzem Professor Tobias Straumann von der Universität Zürich, einer der wenigen Wirtschaftshistoriker in der Schweiz. Das heisst: Der bilaterale Weg hat nicht viel zum Wohlstand der letzten 25 Jahre beigetragen. Im Übrigen wurde diesen Verträgen mehrfach vom Volk nur unter Druck der EU zugestimmt (Guillotine-Klausel, Einschüchterungen und Sanktionen ab 2014). Es gibt weitere Gemeinplätze in der Debatte über die europäische Integration der Schweiz, welche die lebenswichtige Bedeutung der bilateralen Verträge unterstreichen sollen. Ein Beispiel dafür ist das Abkommen von 1999 über den Abbau technischer Handelshemmnisse («Mutual Recognition Agreement», MRA). Es ist das einzige mit eindeutig handelspolitischem Charakter in den Bilateralen I und II. Die anderen Abkommen sind vor allem nachbarschaftlicher oder kooperativer Natur.

Dank des MRA können die Zulassungskosten von Produkten für den europäischen Markt gesenkt werden. Die Einsparungen betragen jedoch gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) nicht einmal ...1,5 Prozent eines Drittels der Verkaufssumme in Europa. Das entspricht einem winzigen Betrag im Vergleich zur Verteuerung der Schweizer Exporte aufgrund des chronischen Verfalls des Euro gegenüber dem Franken (30 Prozent Wertschöpfung seit 2000).

Akademische Lobby schürt Ängste

Der wichtige Sektor der Medizintechnik (Medtech) ist seit vier Jahren als Vergeltungsmassnahme durch die EU von diesem «MRA-Privileg» ausgenommen.

Dabei ging es dieser Branche noch nie so gut wie heute, mit beneidenswerten Wachstumsraten. 90% der Ex-

porte auf den europäischen Markt stammen von Unternehmen, die es seit langem vorziehen, auf diese Erleichterung zu verzichten (um ihre Produkte direkt in der EU zuzulassen).

Die mächtige akademische Lobby hat eine Gabe, Ängste zu verbreiten. Etwa die folgende These: Wenn die EU die volle Teilnahme ihrer Forschenden am Horizon-Programm verhindert, steht die innovative Schweiz vor dem Aus. In Wirklichkeit macht der Beitrag der Eidgenossenschaft zu Horizon nicht einmal 3% der Investitionen in



Forschung und Entwicklung der Schweiz aus (öffentliche und private). Vor allem: Seit die Schweiz ihren Status als assoziiertes Mitglied im Programm Horizon verloren hat, was wieder einmal als Vergeltungsmassnahme erfolgte (2020), haben die helvetischen Hochschulen nichts von ihrer Attraktivität eingebüsst. Sie rekrutieren weiterhin Forschende aus Europa und der ganzen Welt.

Die Personenfreizügigkeit aus EU-Sicht...

Die Personenfreizügigkeit ist das Herzstück des von der EU geforderten bilateralen Wegs. Brüssel legt grossen Wert darauf. Dabei geht das Freizügigkeitsprinzip weit über die migrationspolitischen Dimensionen hinaus.

Denn die Freizügigkeit betrifft Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Ohne diese vierfache Freiheit würde jede Aussicht auf eine spätere rechtliche Integration verloren gehen.

Im Gegensatz zur Schweiz hat die EU das Ziel nie auf-

Aus EU-Sicht haben Schweizer Unternehmen auf den Weltmärkten einen unfairen Vorteil, weil sie die europäischen Regulierungen nicht integrieren und tragen müssen.

gegeben, das schrittweise über den bilateralen Weg erreicht werden sollte: Den EU-Beitritt der Schweiz.

Die EU hat viel Zeit, aber die Geduld ist nach dem Brexit-Schock verfliegen. Populistische Bewegungen sind in ganz Europa auf dem Vormarsch.

Die Schweiz wird immer mehr als blinder Passagier der EU wahrgenommen. Hat die EU nicht einseitig entschieden, dass die Schweiz de facto Teil des europäischen Marktes sein soll?

Die EU muss nun die Regeln dafür erlassen, um einer Entwicklung ein Ende zu setzen, welche sie selbst als «unlauteren Wettbewerb» betrachtet.

Aus EU-Sicht haben Schweizer Unternehmen auf den Weltmärkten einen unfairen Vorteil, weil sie die europäischen Regulierungen nicht integrieren und tragen müssen. Ursprünglich, in den 1990er-Jahren, konnte es nur zum Nachteil gereichen, nicht Teil des europäischen Marktes zu sein. Heute wird der wirtschaftliche Erfolg einer Schweiz, die nicht Teil dieses Marktes ist, als eine Art Betrug gesehen.

...und aus der Sicht der Schweiz

Über die Personenfreizügigkeit gehen die Meinungen in der Schweiz stark auseinander. Auf politischer Ebene ist die dritte nationale Volksinitiative der SVP unter dem Namen Keine Zehn-Millionen-Schweiz pending, welche im Falle einer Annahme das Ende der Personenfreizügigkeit bedeuten würde.

Die «vorgängige Ablehnung» dieser SVP-Volksinitiative scheint daher notwendig, damit eine weitere Abstimmung über das 2024 mit der EU ausgehandelte institutionelle und sektorbezogene Paket stattfinden kann. Es ist offensichtlich, dass das allgemeine politische Klima momentan nicht gerade förderlich ist für gute Beziehungen mit der EU.

Die Zunahme von EU-Bürger:innen in der Schweiz scheint kein Ende zu nehmen. In den 1990er-Jahren und noch im Jahr 2000 lagen die Prognosen des Bundesrates bei 10'000 zugewanderten Personen aus dem EU-Raum pro Jahr. Wirtschaftsorganisationen hatten sogar von «nur» 8000 gesprochen. Seit der vollständigen Umsetzung des Abkommens (2007) liegt der Jahresdurchschnitt in Wirklichkeit bei 48'000 – das entspricht der Bevölkerung der Stadt Neuenburg. Dazu kommen noch 20'000 zugewanderte Personen aus aussereuropäischen Drittländern (ohne Asylsuchende).

Entgegen den regelmässig zu hörenden Behauptungen

gibt es nicht den geringsten Zusammenhang zwischen dem jährlichen Wachstum des Bruttosozialprodukts und der europäischen Einwanderung. Es gab sehr gute Jahre für die Wirtschaft, in der die Migration eher gering war, während der Migrationssaldo mit der EU mitten in der Rezession (2020) bei 40'000 Personen lag.

Eine demografische Blase?

Parallel dazu stieg die Arbeitslosigkeit in der Schweiz gemäss der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) an. Im Jahr 2000 betrug die Quote weniger als 2%, heute liegt sie bei etwa 4,5%. Damit nähert sie sich dem gesamteuropäischen Durchschnitt sowie dem Wert in der Eurozone (+/- 6%).

Welchen Anteil hat das Wachstum der Erwerbsbevölkerung am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts? Das ist schwer zu messen. Welche Art von Krise wird also nötig sein, um eine mögliche demografische Blase zum Platzen zu bringen? Oder anders gefragt: Welche Art von Krise wird die Blase auslösen, wenn sie platzt?

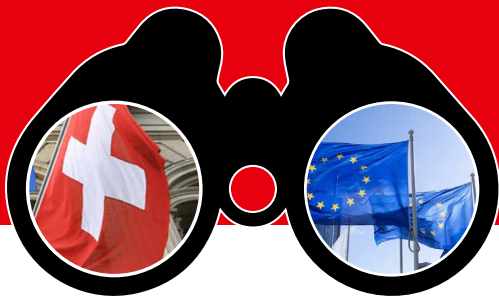
Wird es dann der richtige Zeitpunkt sein, um komplizierte Gespräche mit Brüssel zu führen, beispielsweise um die in den bilateralen Verträgen vorgesehene Schutzklausel «im Falle ernsthafter wirtschaftlicher oder sozialer Schwierigkeiten» zu aktivieren?

Welche Art von «ernsthaften Schwierigkeiten» könnte die so wohlhabende und ruhige Schweiz in den Augen der EU haben? All dies sind Fragen, auf die bald eine Antwort gefunden werden muss.

Der Originalartikel wurde von Swissinfo am 19.03.2025 veröffentlicht und hier mit freundlicher Genehmigung des Autors, François Schaller, wiedergegeben.

SWI swissinfo.ch





Beobachter

Oswald Grübel zum Finanzplatz Schweiz und zu den Verträgen mit der EU

Oswald Grübel stand von 2003 bis 2007 an der Spitze der Credit Suisse und war von 2009 bis 2011 Konzernchef der UBS.

Viele Leuten haben wegen der Grösse der UBS Angst um die Schweiz und den Finanzplatz. Teilen Sie diese Sorge? Nein, zumal die Bilanzsummen von CS und UBS früher noch um einiges grösser waren. Angst macht mir viel mehr, dass wenige Schweizer wissen, wie wichtig der Finanzplatz für unser Land ist. Viele denken bei diesem Stichwort an überbezahlte Banker und vergessen die heute 7000 Milliarden Franken an ausländischen Vermögen, die hier liegen. Das hat uns seit 1930 viel tiefere Zinsen als bei unseren Nachbarn beschert. Davon profitieren wir alle, Hausbesitzer genauso wie Unternehmen, die günstigere Kredite bekommen.

Wo sehen Sie die grösste Gefahr? Je mehr wir uns der EU annähern und unsere Neutralität aufgeben oder in



Auszug aus einem
Blick-Gespräch
vom 17.03.25

Frage stellen, umso mehr von diesem Geld werden wir verlieren, weil es keinen Unterschied mehr für die Kunden macht, ob sie das Geld in der Schweiz oder irgendwo in Europa anlegen. Das passiert nicht über Nacht, aber sukzessive, die Zinsen werden steigen und der Franken wird schwächer werden.

Sie sind kein Freund der Bilateralen III? Wir nähern uns einem Wirtschaftsblock an, der aus Ländern besteht, denen es wirtschaftlich substanziell schlechter geht als uns. Ist das wirklich eine gute Idee? Ich denke nicht.»

Kommentar: «Drum prüfe wer sich bindet.» Zu diesem Vertrag mit der EU braucht es unbedingt ein «Nein».

Das sollen die 25 stabilsten Staaten der Welt sein

Laut Politikwissenschaftler Parag Khanna gilt die Schweiz als stabilstes Land. Stabilität unterteilt Khanna in zwei Bereiche: Stärke und Staatlichkeit. Unter Stärke misst er unter anderem die Faktoren industrielle Basis, Innovationsfähigkeit, Kapitalmarkt, Währungsstärke, internationales Kapital und Staatsverschuldung. Unter Staatlichkeit wird unter anderem die Nahrungsmittelsicherheit, Eigenständigkeit der Energieversorgung, Nachhaltigkeit, soziale Fortschrittlichkeit und Prosperität (Aufschwung) des Staates gemessen.

Kommentar: In vielen Rankings erreicht die kleine Schweiz Spitzenplätze. Trotzdem versucht Bundesbern uns mit allen Mitteln an die EU, ein wirtschaftlich schlechteres Gebilde, anzuhängen.

Rang	Land	Score
1.	Schweiz	21,8
2.	Deutschland	21,7
3.	Japan	21,1
4.	Südkorea	20,9
5.	Schweden	20,9
6.	Kanada	20,8
7.	USA	20,7
8.	Frankreich	20,5
9.	Dänemark	20,3
10.	Grossbritannien	20,0



Auszug aus dem Interview in der NZZ von Albert Steck mit Felix Zulauf, 8. 04. 2025

Schuldenkrise in Europa

Der Schweizer Hedge-Fund-Manager Felix Zulauf sagt, dass die Börse um weitere 20 Prozent einbrechen könnte. Zudem befürchtet er eine gravierende Schuldenkrise – besonders in Europa.

Wie könnte sich die Schweiz in einer solchen Notlage behaupten? In bisherigen Krisen hat die Nationalbank riesige Mengen an Devisen gekauft, um die Aufwertung des Frankens zu bremsen. Wird das weiterhin funktionieren?

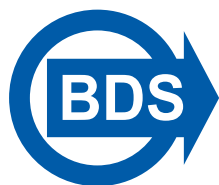
Die Schweiz verfolgt aus meiner Sicht seit Jahren ein falsches Modell. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ist die Exportquote gemessen am Bruttoinlandprodukt von 55 auf 75 Prozent gestiegen. Trotz dem starken quantitativen Wachstum stagniert aber unser Wohlstand pro Kopf. Deshalb hätte die Na-

tionalbank eine stärkere Aufwertung des Frankens zulassen sollen, um qualitatives anstatt Mengenwachstum zu fördern. Auch für die letzten beiden Zinssenkungen habe ich wenig Verständnis. Diese bringen der Wirtschaft kaum Vorteile, während die Sparer einmal mehr die Leidtragenden sind. Zudem führen zu tiefe Zinsen zu Fehlinvestitionen, die dann bei einer Krise als Eiterbeule aufbrechen.

Falls Ihr Szenario einer Schuldenkrise eintritt: Wie soll man sich als Anleger schützen?

Bei einer solchen Verwerfung, aus der womöglich neue Währungen entstehen, haben Realwerte die besten Überlebenschancen, also Aktien, Immobilien, Gold oder Rohstoffe. Hausbesitzer könnten allerdings von höheren Hypothekenzinsen getroffen werden. Zwar muss man bei den Aktien vorübergehend starke Kursverluste in Kauf nehmen. Doch ein diversifiziertes Portfolio aus Standardwerten wird sich auch nach einer schweren Krise erholen. Zudem haben wir in der Schweiz neben den Blue Chips eine Vielzahl mittelgrosser Firmen, die sich selbst in einer neuen Welt mit Zöllen durchsetzen können.

Anzeige



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch

Der Bund der Steuerzahler (BDS) ist die unabhängige, gemeinnützige und parteipolitisch neutrale Schutzvereinigung aller Steuerzahler in der Schweiz. Wir ergreifen Initiativen und Referenden zu Ihren Gunsten und setzen uns für eine tiefere Steuer- und Staatsquote ein.

Werden Sie jetzt Mitglied! www.bds-schweiz.ch

Unsere aktuellen Publikationen – jetzt bestellen:



- ☐ Ich möchte Mitglied werden und trete dem Bund der Steuerzahler (BDS) bei.
- ☐ Der BDS interessiert mich: Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu.

Bitte senden Sie mir kostenlos folgende Broschüre:

- ☐ «Der staatliche Fussabdruck ist überraschend gross»
- ☐ «Der Exodus reicher Norweger»
- ☐ «Keine zusätzlichen Steuern»
- ☐ «Der Weg zu gesunden Bundesfinanzen»



Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

Bund der Steuerzahler
8000 Zürich

info@bds-schweiz.ch
079 302 10 09 (Thomas Fuchs)
IBAN CH51 0900 0000 8000 7627 7

Nebelspalter

— Gegründet 1875 —

76 Prozent der Journalisten sind links.* Wir nicht.

*Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), 2024

Unterstützen Sie Journalismus für den gesunden Menschenverstand.
Jetzt Abo lösen und von 50 Prozent Rabatt profitieren.
Geben Sie beim Zahlungsprozess den Rabattcode ProSchweiz ein.

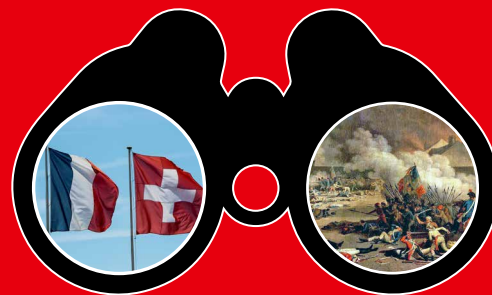


www.nebelspalter.ch/abo

Teil 7

Neutralitätspolitische Irrwege

Wir werden jede neutralitätspolitische Verfehlung in Bundesbern beobachten und auflisten.



Französische und Schweizer Panzer- und Artillerieverbände trainieren gemeinsam in der Schweiz

Französische und Schweizer Panzer- und Artillerieverbände absolvieren dieses Jahr mehrere gemeinsame Übungen in der Schweiz. Die gemachten Erfahrungen sollen (Anm. d. Red.: !?) der Schweizer Armee dazu dienen, ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken. [VBS, Bern 31.3.2025]

Kommentar: Es wäre zu hoffen, dass Bundesrat Pfister sich auf die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz besinnt!



**Französische Zusammenarbeit bekommt nicht immer gut...
Blick zurück:**

Am 10.0.1792 wurde das Regiment der Schweizergardien in den Pariser Tuileries von französischen Revolutionären eingeschlossen, die die Monarchie abschaffen wollten. Über 300 Schweizer wurden grundlos niedergemetzelt, obwohl König Ludwig XVI. zuvor die Waffen niederlegen liess. Das Löwendenkmal in Luzern ist den gefallen Schweizergardisten gewidmet.



Verfolgen Sie die Medienmitteilung auf der VBS-Seite und Sie können die NATO-EU-Agenda «hautnah» miterleben.





Prof. Dr. Nicolas Szita
Vorstandsmitglied
Pro Schweiz, London



Ein Lehrstück zu Europa für den Bundesrat und die Linke

Die Fabel (nach Äsop): Vor langer Zeit hielten die Mäuse eine Versammlung ab, um zu überlegen, wie sie ihren gemeinsamen Feind, die Katze, überlisten könnten. Einige sagten dies, andere das. Schliesslich stand eine Maus auf und schlug vor, der Katze eine Glocke um den Hals zu binden. So könnten die Mäuse immer hören, wann die Katze kommt, und rechtzeitig Schutz suchen. Der Vorschlag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Doch als es darum ging, eine Maus zu bestimmen, welche der Katze die Glocke umhängen wird, wurde es still. Denn: Niemand wollte die gefährliche Aufgabe übernehmen.



Die Europäer sind seit ungefähr 100 Jahren wie die Mäuse in der Fabel: Um Ideen und schöne Worte nie verlegen, aber mutlos und handlungsunfähig (Churchill als die grosse Ausnahme). Ohne die USA geht nichts. Niemand hatte sich im Europa der 30er Jahre getraut Hitler resolut einzudämmen; und das Blatt im 2. Weltkrieg wendete sich erst nach dem Eintritt der USA. Zu Beginn der 80er-Jahre schimpften die Europäer Ronald Reagan mal Cowboy, mal Kriegstreiber; doch gegen die Besetzung Osteuropas durch die Sowjetunion hatten sie nie einen eigenen Plan. Im Februar entwarfen die Europäer unter dem englischen Premierminister Keir Starmer einen Plan, Truppen zur Friedenssicherung in die Ukraine zu senden – natürlich nur, falls die USA (!) bereit seien, den «backstop» (Absicherung) zu über-

nehmen. Die Europäer schaffen es selbst dann handlungsunfähig zu sein, wenn gar keine Gefahr droht. Das Wirtschaftswachstum der EU gleicht dem der Antarktika. Deutschland, das Zugpferd der EU, ist seit Jahren in Rezession; die Ampelregierung zerbrochen, auf die

Umsetzung der EU-Pläne zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wartet man. Die Schweiz hat ein Freihandelsabkommen mit Indien und Indonesien; die EU redet noch immer. Und die vielbeschimpften, aus der EU ausgestretenen Briten haben ein höheres Wirtschaftswachstum als Deutschland und die Eurozone (OECD-Bericht Economic Outlook, 3.2025).

Zwei Mysterien: Wieso glaubt der Bundesrat, eine

grössere Abhängigkeit von der EU bringe der Schweiz Erfolg? Warum bekämpft ausgerechnet die Linke, die so gerne die «imperialistische» USA anprangert, die Neutralitätsinitiative und führt uns damit unter die Fittiche der USA?

In den Vorstand gewählt



Stephanie Gartenmann

B Law, Mitglied Initiativkomitee «Neutralitätsinitiative», Generalsekretärin JSVP Schweiz, Matten b. Interlaken



An der Mitgliederversammlung vom 5. April 2025 wurde Stephanie Gartenmann, Masterstudentin in Rechtswissenschaften, in den Vorstand von Pro Schweiz gewählt.

Als Autorin sind Sie bei Pro Schweiz schon bekannt. Was motiviert Sie, im Vorstand von Pro Schweiz aktiv zu werden?

Mir ist es wichtig, mich für unsere Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität einzusetzen. Pro Schweiz vertritt genau diese und daher möchte ich mich vermehrt einbringen. Vor allem auch im Fokus auf die Jungen. Es ist wichtig, dass wir unsere Werte nach aussen tragen und vermitteln können. Diese Vermittlerrolle möchte ich gerne wahrnehmen.

Sie sind Komitee-Mitglied bei der Neutralitätsinitiative. Warum braucht es unbedingt ein «Ja» zur Neutralitätsinitiative?

Es geht um Krieg oder Frieden. Übernehmen wir Sanktionen und senden Kriegsmaterialgüter in kriegsbe-

teiligte Länder, sind auch wir im Krieg. Das gefährdet unsere innere Sicherheit. Wenn wir inneren und äusseren Frieden wollen, brauchen wir ein Ja zur Neutralitätsinitiative.

Wie können wir die Schweizerinnen und Schweizer von dieser Neutralitäts-Initiative überzeugen?

Es geht um den eigenen Sohn, Bruder oder Freund, natürlich auch um die Schwester usw. Wenn wir nicht wollen, dass sie in fremden Kriegen sterben sollen, dann müssen wir nun dem Bundesrat klar machen, dass er unsere Sicherheit international nicht einfach so verspielen darf.

Vielen Dank für das Gespräch und Deine Bereitschaft zum Engagement bei Pro Schweiz.





Politagentur.ch GmbH

Umsetzer – nicht nur Berater!

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch



Professionelles Webdesign

Ohne übersichtliche, zweckdienliche Website geht in der politischen Kommunikation nichts mehr! Gestützt auf Ihren bestehenden grafischen Auftritt (Corporate Identity), erstellen wir für Sie einen modernen, professionellen Webauftritt, der sich auf dem neusten Stand befindet und Ihnen ermöglicht, selber Inhalte (z.B. Blog-Artikel) zu produzieren. Eine gute Website ist schon für geringe Budgets möglich!



Wirkungsvolle Kampagnen

Ob kommunal, kantonal oder auf nationaler Ebene, egal ob für Verbände, Komitees, Parteien und Einzelpersonen: Mit uns an Ihrer Seite entwickeln Sie durchschlagende, wirkungsvolle Kampagnen, bei denen nichts vergessen geht. Unser Anspruch ist es, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen und aus den vorhandenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen den grösstmöglichen Output herauszuholen.



Strategie

Wir arbeiten mit Ihnen einen Plan aus, der dazu dient, das definierte Ziel zu erreichen.



Planung

Wir bestimmen gemeinsam mit Ihnen konkrete Handlungsschritte.



Umsetzung

Was wir strategisch und planerisch erarbeitet haben, setzen wir um.

Kontakt

Sie wünschen eine Offerte, einen Besprechungstermin oder haben eine Frage zu einem Angebot? Dann nehmen Sie jederzeit mit uns Kontakt auf:



info@politagentur.ch



+41 41 490 10 36



Anian Liebrand

Inhaber & Geschäftsführer



Nachgefragt



Patrick Dütschler
Team Geschäftsstelle,
Schweizerischer
Konsumentenbund

Grundhaltung teilen

Sehr geehrter Herr Dütschler, Sie sind Vorstandsmitglied des Konsumentenbunds. Sie sind auf Pro Schweiz zugekommen und sind an einer Partnerschaft interessiert. Warum?

Weil wir dieselbe Grundhaltung teilen: Die Schweiz soll eigenständig entscheiden – ob in der Politik oder am Markt. Nur wer selbst bestimmt, kann nachhaltige, faire Rahmenbedingungen für seine Bevölkerung gewährleisten. Wir wollen nicht, dass fremde Instanzen darüber entscheiden, was für uns als Konsumentinnen und Konsumenten richtig ist. Eine starke, unabhängige Schweiz ist kein Risiko, sondern unsere grösste Stärke.

Sie sehen also das neue Vertragspaket mit der EU kritisch. Warum?

Das neue EU-Vertragspaket gefährdet genau diese Eigenständigkeit. Im Bereich des Konsumentenschutzes würden zentrale Kompetenzen wie Regulierung und Rechtsprechung dauerhaft ausgelagert. Damit verlieren wir unsere Fähigkeit, flexibel und direkt auf die Bedürfnisse der Menschen hierzulande zu reagieren.

Sie vertreten die Interessen von uns Konsumentinnen und Konsumenten. Die Befürworter einer EU-Anpassung sagen, ohne einen institutionellen Rahmen wird die Schweiz verlieren. Was würde aus Ihrer Sicht auf uns zu kommen?

Ohne institutionellen Rahmen gibt es Spielraum für eigenständige Lösungen – statt Automatismus. Wir sind überzeugt: Die Schweiz kann Innovation, faire Märkte und Konsumentenschutz besser garantieren, wenn sie aus eigener Kraft handelt, nicht auf Zuruf von aussen.

Wir sind auf gemeinsame Aktionen gespannt und werden im AKTUELL von Pro Schweiz von Ihnen noch mehr erfahren. Danke für das erste Gespräch.



Mehr Infos

Anzeige



Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!

info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19



blickfänger.ch
Auffallend mobil. Auffallend günstig.



Der Giftzwerg meint: Beat = Beatus der Glückliche

Medien. Herr Bundesrat Beat Jans, Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Eigentlich hat er sich bis jetzt hervorgetan als Demokratieverhinderer, immerhin stammt aus seinem Departement die Forderung, den EU-Unterwerfungsvertrag nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen (Abstimmungstaktik!), und als EU-Wanderprediger wirkt er für offene Landesgrenzen, aber Herr Jans hat auch Gutes gesagt. Zum Beispiel an der Dreikönigstagung des Verlegerverbands vom 9. Januar 2025: Die Medien haben zentrale Aufgaben.



• *Sie informieren: Jede Demokratie braucht informierte Bürgerinnen und Bürger. Erst recht eine direkte Demokratie. Wer nicht informiert ist, kann schlecht wählen oder abstimmen. Die Medien klären auf und stellen sicher, dass aus Bürgerinnen und Bürgern Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden.*

• *Medien helfen bei der Meinungsbildung: Sie sind Plattformen für unterschiedliche Meinungen und ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern, sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Medien gewährleisten die Meinungsvielfalt.*

Deshalb berichten die Medien, wenn die Reitschule in Bern Polizisten prügelt, wenn Öko-Jünger zur Leimtube greifen und wenn aufrechte Schweizerinnen und Schweizer – bevorzugt sind SVP-Parteigänger – rassistisch motiviert das N-Wort benutzen. Wenn 800 Bürgerinnen und Bürger aus allen Landesteilen sich zur Hauptversammlung von Pro Schweiz treffen, über die Souveränität und Neutralität diskutieren – friedlich, öffentlich – haben die Medien keine Zeit, zu wenig Leute. Wahrscheinlicher ist, dass sie den Anti-Schweiz-Modus gedrückt halten. Herr Jans: «Taten statt Worte!» (PS: ein alter FDP-Spruch, aber immer noch gut!)

Besuche unseren Webshop !



Shop
Pro Schweiz

Ja zu Neutralitätsinitiative – Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag.



**Wir müssen uns mobilisieren
und in jeder Ecke unseres
Landes präsent sein:**

1. Wir suchen Aktive: Für Unterschriftensammlungen (allfällige Referenden gegen die EU-Verträge), Standaktionen, Plakatierung, Flugblatt-Verteilung, Organisation von Veranstaltungen usw.
2. Wir suchen Aktive, die bereit sind, in den Kantonen und Regionen Verantwortung für die Aktionen von Pro Schweiz zu übernehmen.

Melden Sie sich noch heute.

E-Mail: aktion@proschweiz.ch, Telefon 031 356 27 27
Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Geschäftsstelle Pro Schweiz



Agenda

Donnerstag, 15. Mai 2025, 19.30 Uhr,

Lesung mit alt Botschafter Dr. Paul Widmer:

«Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr»

Haus der Freiheit, 9642 Ebnet-Kappel,

Anmeldung erforderlich: info@hausderfreiheit.ch

Tel. 071 993 10 01 (vor der Lesung besteht die Möglichkeit, auf eigene Rechnung zu essen).

Voranzeige: Samstag, 5. Juli 2025

**Vormittag-Mittag: «Christoph Blocher würdigt
General Guillaume Henri Dufour»**



Mehrzweckhalle Kaserne Bern.

Detailliertes Programm folgt.

Reservieren Sie sich das Datum.

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten uns strikt an die Datenschutzvorgaben und geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!

liken, teilen, gefällt mir,
abonnieren!



PRO Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch

www.proschweiz.ch